

**Antragsbuch der
Kreisdelegiertenversammlung mit den
Kommentierungen der Antragskommission
am 13.04.2024**

Inhaltsverzeichnis

L Anträge an den Landesparteitag 1

1/1/2024	AfA Tempelhof-Schöneberg	
1/1/2024 Rückführung der Töchter von Charité und Vivantes in die Mutterkonzerne		
<i>Annahme (Konsens)</i>		1
2/1/2024	AfA Tempelhof-Schöneberg	
2/1/2024 Ausbildungscampus für Gesundheitsberufe im ehem. Wenckebach-Krankenhaus mit Hochdruck realisieren		
<i>Annahme (Konsens)</i>		3
3/1/2024	AfA Tempelhof-Schöneberg	
3/1/2024 Mindestlohn umgehend auf 14,00 Euro erhöhen		
<i>(Konsens)</i>		4
4/1/2024	Abt. 6 - Schöneberg-City	
4/1/2024 Bundesverfassungsgericht schützen, Spielräume der AfD für Angriffe auf die freiheitliche demokratische Grundordnung begrenzen!		
<i>Annahme (Konsens)</i>		5
5/1/2024	Abt. 6 - Schöneberg-City	
5/1/2024 Verfassungsrechtlich vorhandene Spielräume zur Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gegen die AfD nutzen!		
<i>Annahme (Konsens)</i>		7
6/1/2024	Abt. 8 - Friedenau	
6/1/2024 Ein Finanzierungsinstrument für den militärischen Schutz der Handelsschifffahrt schaffen!		
<i>(Konsens)</i>		10
7/1/2024	Abt. 1 - Tempelhof	
7/1/2024 Schwerpunkt: Dekarbonisierung Gebäude im Eigentum von WEGs		
<i>Ablehnung (Kein Konsens)</i>		12

B Bezirksbezogene Anträge 15

1/1/2024	Jusos Tempelberg	
1/1/2024 Eine echte Neuaufstellung - Für Diversität auf den Listen!		
<i>Überweisung an: Kreisvorstand (Konsens)</i>		15

L Anträge an den Landesparteitag**Antrag 1/I/2024****AfA Tempelhof-Schöneberg****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Rückführung der Töchter von Charité und Vivantes in die Mutterkonzerne**

1 Die Mitglieder der SPD-Fraktion im Abgeord-
2 netenhaus und im Berliner Senat werden auf-
3 gefordert, umgehend den Koalitionsvertrag
4 vom 26.04.2023 umzusetzen und die Cha-
5 rité Facility Management GmbH (CFM) und
6 die Vivantes-Töchter-GmbHs (Vivantes Ser-
7 vice GmbH, VivaClean Nord, VivaClean Süd,
8 SVL Speiseversorgung und -logistik, Vivantes
9 Reha und Vivantes (MVZ) in die Muttergesell-
10 schaften zurückzuführen.

11

12 Es muss dabei sichergestellt werden, dass die
13 Tarifverträge TVöD bzw. TV-L vollumfänglich
14 angewandt werden. Hierzu müssen die Ge-
15 sellschaften bzw. der Senat Verhandlungen
16 mit der Gewerkschaft ver.di aufnehmen.

17

18 Ziel muss die vollständige Eingliederung zum
19 1. Januar 2025 sein.

20

21 Begründung

22 In Berlin sind immer noch zahlreiche Betriebe
23 aus ihren Muttergesellschaften ausgegrün-
24 det. Die SPD hat in den letzten Jahren mehr-
25 fach betont, dass Tarifflicht und Lohndum-
26 ping rückgängig gemacht werden sollen, um
27 dem Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“
28 wieder Geltung zu verschaffen.

29

30 Der Senat muss die Charité und Vivantes
31 zum Handeln zwingen. Es kann nicht sein,
32 dass die Rückführung aufgrund der „Kom-
33 plexität der Aufgabe“ und der „rechtlichen
34 und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen“
35 nur schleppend vom Senat bearbeitet wird.
36 Das Land Berlin hat eine politische Verant-
37 wortung und diese gilt es nun auch wahrzu-
38 nehmen.

39

40 Die SPD muss deutlich machen, dass sie nicht

41 nur in „Sonntagsreden“ solidarisch an der Sei-
42 te der Beschäftigten steht. Diese erwarten
43 ein eindeutiges Handeln.

Antrag 2/I/2024**AfA Tempelhof-Schöneberg****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Ausbildungscampus für Gesundheitsberufe im ehem. Wenckebach-Krankenhaus mit Hochdruck realisieren**

1 Die Mitglieder der SPD Fraktion im Abgeord-
2 netenhaus und im Berliner Senat werden auf-
3 gefordert, sich dafür einzusetzen, dass der
4 geplante Ausbildungscampus auf dem Ge-
5 lände des Vivantes Wenckebach Krankenhan-
6 ses mit Hochdruck realisiert wird. Nur so
7 kann Berlin zu einem attraktiven Standort für
8 die Aus-, Fort- und Weiterbildung in Gesund-
9 heitsberufen werden.

10

11 Begründung

12 Im Koalitionsvertrag vom 23.04.2023 heißt es:
13 „Unser Ziel ist, eine kontinuierliche und be-
14 darfsdeckende Aus-, Fort- und Weiterbildung
15 der Gesundheitsfachkräfte zu gewährleisten.
16 Den geplanten Ausbildungscampus auf dem
17 Gelände des Vivantes Wenckebach Kranken-
18 hauses werden wir mit Hochdruck realisieren
19 und eine Ansprechpartnerin bzw. einen An-
20 sprechpartner in der Senatsverwaltung dafür
21 benennen.“

22

23 Hierzu fehlen jedoch die konkreten Umset-
24 zungspläne und – daten. Viele Gebäude des
25 sog. Wenckebach-Campus dürfen nicht län-
26 ger leer stehen, da sie sonst dem Verfall preis-
27 gegeben werden.

28

29 Für den Bezirk Tempelhof-Schöneberg hätte
30 der Ausbildungscampus auch einen positiven
31 Einfluss auf die stadtentwicklungspolitische
32 und wirtschaftliche Entwicklung.

Antrag 3/I/2024**AfA Tempelhof-Schöneberg****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Mindestlohn umgehend auf 14,00 Euro erhöhen**

1 Der SPD Landesparteitag fordert die Mitglie-
2 der der SPD-Fraktion im Bundestag und die
3 SPD-Mitglieder in der Bundesregierung auf,
4 eine gesetzliche Initiative zur Erhöhung des
5 Mindestlohns ab 1. Juli 2024 auf 14,00 Euro
6 je Zeitstunde zu ergreifen. Dazu ist das Min-
7 destlohngesetz im § 1 Abs. 2 entsprechend zu
8 ändern.

9

10 Begründung

11 Seit dem 1. Januar 2024 liegt der gesetzli-
12 che Mindestlohn bei 12,41 Euro, zuvor waren
13 es 12 Euro brutto pro Zeitstunde. Ab 1.1 2025
14 soll die nächste Erhöhung um weitere 41 Cent
15 auf 12,82 Euro erfolgen. Diese beiden Schrit-
16 te hat die Bundesregierung aufgrund des Be-
17 schlusses der Mindestlohnkommission vom
18 Juni 2023 per Verordnung umgesetzt.

19 Diese Erhöhungsschritte reichen aus wirt-
20 schaftlichen Gründen nicht aus. Die Min-
21 destlohnkommission hat bei ihrer Entschei-
22 dung die steigende Inflation, insbesondere
23 bei Lebensmittel- und Energiekosten, völlig
24 unzureichend berücksichtigt. Mindestlohn-
25 empfänger*innen spüren dies besonders und
26 bedürfen daher umgehend einer entspre-
27 chenden Anpassung des Mindestlohns.

**Empfehlung der Antragskommission
(Konsens)**

Erledigt durch Beschluss des SPD Landespar-
teitag vom 23.9.2023:

Antrag 18/II/2023 Mindestlohn auf 15 Euro
anheben

[https://parteitag.spd.berlin/cvtx_an-
trag/mindestlohn-auf-14-euro-anheben/](https://parteitag.spd.berlin/cvtx_antrag/mindestlohn-auf-14-euro-anheben/)¹

Antrag 4/I/2024**Abt. 6 - Schöneberg-City****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Bundesverfassungsgericht schützen, Spielräume der AfD für Angriffe auf die freiheitliche demokratische Grundordnung begrenzen!**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder der
2 Bundesregierung und die Bundestagsfrakti-
3 on werden aufgefordert, ihre Anstrengungen
4 für eine Novellierung des Bundesverfas-
5 sungsgerichtsgesetzes zu verstärken und
6 entschlossen weiterzuführen.

7 Die Novelle soll gewährleisten, dass die Ar-
8 beitsgrundlagen des Bundesverfassungsge-
9 richts (BVerfG) selbst Verfassungsrang erhal-
10 ten und nicht vom Gesetzgeber mit einfa-
11 cher Mehrheit außer Kraft gesetzt werden
12 können. Um das Bundesverfassungsgericht,
13 das ja die Aufgabe hat, die im Grundgesetz
14 verankerten zentralen Staatsprinzipien und
15 rechtlichen Gewährleistungen zu schützen,
16 selbst vor der Gefahr zu schützen, durch ein-
17 fache Gesetzgebungsmehrheit oder die Blo-
18 ckade von für seine Arbeitsfähigkeit zentra-
19 len Prozessen, etwa der Richter*innen-Wahl
20 die Fähigkeit zu Erfüllung dieser Aufgabe
21 zu verlieren, **ist insbesondere Folgendes im**
22 **Grundgesetz zu verankern:**

- 23 • **Bestimmungen zur Arbeitsweise des**
- 24 **BVerfG,**
- 25 • **zu dem Wahlverfahren der Richter*in-**
- 26 **nen des BVerfG,**
- 27 • **die Einteilung in Senate**
- 28 • **und Grundlagen der Geschäftsvertei-**
- 29 **lung.**

30

31 Begründung

32 Die Verteidigung unserer freiheitlichen und
33 sozialen Demokratie gegen ihre Feinde, zu
34 denen vor allem rechtsextreme und rechts-
35 populistische Gruppierungen zu zählen sind,
36 muss, auch wenn diese zu einem großen Teil
37 nicht mehr auf dem Boden des Grundgeset-
38 zes stehen, in erster Linie mit den Mitteln der
39 politischen Auseinandersetzung erfolgen.

40 Die Beseitigung der Verfassungsgrundlagen
41 der Weimarer Republik durch die National-
42 sozialisten 1933 mit den von der Verfassung
43 selbst verfügbar gemachten Mitteln und un-
44 ter Berufung auf zentrale Artikel der Verfas-
45 sung selbst mahnt uns aber, den notwendi-
46 gen Schutz des Grundgesetzes und zentraler
47 Organe unseres Rechtsstaats wie des Bundes-
48 verfassungsgerichts gegen Angriffe der im
49 Moment für den Bestand der Bundesrepublik
50 Deutschland, wie wir sie kennen, gefährlich-
51 sten Gruppierung, nämlich der AfD nicht au-
52 ßer Acht zu lassen.

53 Die AfD könnte, sofern sie eine Sperrminori-
54 tät von einem Drittel der Mandate im Bun-
55 destag erlangt oder durch ihr weiteres An-
56 wachsen Einfluss auf die Regierungspolitik
57 gewinnt, nach der derzeitigen Rechtslage die
58 Arbeit des Bundesverfassungsgerichts etwa
59 durch Blockade der Wahl von demokratisch
60 orientierten Richter*innen lahmlegen oder
61 mit der Durchsetzung eigener Wahlvorschlä-
62 ge, Änderungen der Struktur des BVerfG (Bil-
63 dung weiterer Senate, welche mit AfD-nahen
64 Richter*innen besetzt werden und die Arbeit
65 der bestehenden Senate konterkarieren kön-
66 nen) oder Änderungen der Arbeitsweise des
67 BVerfG (Veränderung der Kriterien der Fallbe-
68 handlung) in einer Weise verändern, welche
69 die Unabhängigkeit der Rechtsprechung, die
70 Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit und das
71 Demokratieprinzip in ähnlicher Weise gefähr-
72 den, wie dies durch die
73 „Justizreform“ der PiS in Polen, die Rich-
74 ter*innen-Ernennungen von Trump in den
75 USA und die von der israelischen Rechtsregie-
76 rung betriebenen Entmachtung des obersten
77 Gerichts entweder bereits geschehen oder
78 beabsichtigt ist.

79 Eine Gesetzgebungsinitiative zum Schutz der
80 Arbeitsgrundlagen des Bundesverfassungs-
81 gerichts ist deswegen dringlich, weil sie nur
82 solange zielführend und erfolgreich umge-
83 setzt werden kann, wie die demokratischen
84 Parteien über eine Zweidrittelmehrheit im
85 Bundestag verfügen.

86

87

Antrag 5/1/2024**Abt. 6 - Schöneberg-City****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen: Der Landesvorstand möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Verfassungsrechtlich vorhandene Spielräume zur Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gegen die AfD nutzen!**

1 Wir fordern, alle verfassungsrechtlich vor-
2 handenen Spielräume zu nutzen, um den
3 rechtsextremen Bestrebungen der AfD entge-
4 genzutreten. Dazu gehört insbesondere Fol-
5 gendes:

6

7 1. Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert,
8 alle Mittel auszuschöpfen, um die AfD von der
9 direkten und indirekten Parteienfinanzierung
10 auszuschließen. Dies schließt folgende Initia-
11 tiven ein:

- 12 • Rückforderung von nicht deklarierten
13 und nicht den Vorschriften entspre-
14 chenden Parteispenden durch das Bun-
15 destagspräsidium
- 16 • Anstrengung einer Klage auf Aus-
17 schluss der AfD von Mitteln der staat-
18 lichen Parteienfinanzierung (Wahl-
19 kampfkostenerstattung, Ausstattung
20 der Mitglieder der Bundestagsfraktion
21 mit Personalmitteln) beim Bundesver-
22 fassungsgericht nach dem Vorbild der
23 erfolgreichen Klage beim BVerfG gegen
24 die Partei NPD/Die Heimat wegen ihrer
25 rechtsextremen Grundausrichtung.
- 26 • Ausschöpfung aller rechtlichen Mög-
27 lichkeiten die der AfD zuarbeitende
28 parteinahe **Erasmus-Desiderius-**
29 **Stiftung** weiterhin von staatlichen
30 Mitteln auszuschließen.

31

32 2. Die SPD als Gesamtpartei und in ihren Glie-
33 derungen beteiligt sich weiter aktiv an der
34 öffentlichen Debatte um ein Verbot der AfD
35 mit dem Ziel der Klärung der Erfolgsaussich-
36 ten einer solchen Initiative und dem weite-
37 ren Ziel, in der Öffentlichkeit und der Wahlbe-
38 völkerung das Bewusstsein zu stärken, dass

39 es sich bei AfD nicht um eine „normale“ Par-
40 tei handelt, sondern um eine Gruppierung,
41 welche die Grundlage unserer parlamentari-
42 schen Demokratie in Frage stellt.

43

44 3. Die SPD in Bund, Ländern und Gemein-
45 den macht die Forderung nach **Einhaltung der**
46 **Brandmauer gegen jede Zusammenarbeit**
47 **mit der AfD in Parlamenten und Gemeinde-**
48 **vertretungen** zum zentralen Maßstab für den
49 Umgang mit den anderen demokratischen
50 Parteien in den kommenden Wahlkämpfen
51 und fordert konsequent ein gemeinsames
52 Auftreten aller demokratischen Parteien ge-
53 gen alle Angriffe der AfD auf die freiheitliche
54 demokratische Grundordnung ein. Dazu ge-
55 hört auch eine Beteiligung an Gesetzesinitia-
56 tiven wie die Novellierung des Bundesverfas-
57 sungsgerichtsgesetzes.

58

59

60 4. Die Bundestagsfraktion verfolgt eine Initia-
61 tive zur Nutzung der Möglichkeiten des Arti-
62 kel 18 GG.

63

64

65 **Begründung**

66 Zu 1.:

67 Es darf nicht weiter zugelassen werden, ihren
68 Kampf gegen die Demokratie mit Millionen
69 staatlicher Mittel führen kann. Dies betrifft
70 auch die Finanzierung von – nach Recher-
71 chen des Bayerischen Rundfunks – über 100
72 Mitarbeiter*innen von AfD-Abgeordneten
73 sowie der AfD-Bundestagsfraktion als gan-
74 zer, die enge Verbindungen zu nachgewiesen
75 rechtsextremistischen Organisationen wie
76 der Identitären Bewegung haben.

77 Dass der demokratische Staat mit den
78 Möglichkeiten der Parteienfinanzierung
79 auch heute Mittel in die Hand gibt, ihn zu
80 zerstören bildet eine weitere Parallele zur
81 Situation in der Weimarer Republik. In einer
82 Tagebucheintragung machte sich Joseph
83 Goebbels um 1930 darüber lustig, dass der
84 Weimarer Staat seinen Feinden im Reichstag
85 auch noch kostenlose Fahrkarten für die
86 Reichsbahn zur Verfügung stelle.

87

88 Zu 3.:

89 Eine Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung
90 weist allein in den neuen Bundesländern 121
91 Fälle einer Zusammenarbeit zwischen demo-
92 kratischen Parteien mit der AfD, mehrheitlich
93 zwischen CDU und AfD in der Regel in Form
94 gemeinsamer Abstimmungen in Landtagen
95 und Kommunalparlamenten zu Themen wie
96 Verbot gendergerechter Sprache, Verbot von
97 Windrädern in Waldgebieten, Aufhebung
98 der Erklärung einer Kommune zum Sicheren
99 Haften für Geflüchtete. Für bundesweites
100 Aufsehen sorgte die gemeinsame Abstim-
101 mung von CDU und AfD zur Senkung der
102 Grundsteuer im Thüringer Landtag.

103

104 Zu 4.:

105 Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, ins-
106 besondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs.
107 1 GG), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3 GG),
108 die Versammlungsfreiheit (Artikel 8 GG), die
109 Vereinigungsfreiheit (Artikel 9 GG), das Brief-
110 , Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10
111 GG), das Eigentum (Artikel 14 GG) oder das
112 Asylrecht (Artikel 16a GG) zum Kampfe gegen
113 die freiheitliche demokratische Grundord-
114 nung missbraucht, verwirkt gemäß Artikel 18
115 GG eben diese Grundrechte. Die Verwirkung
116 und ihr Ausmaß werden durch das Bundes-
117 verfassungsgericht ausgesprochen. Ein An-
118 trag auf Grundrechtsverwirkung kann u.a.
119 vom Deutschen Bundestag gestellt werden.
120 Die SPD-Bundestagsfraktion soll eine solche
121 Initiative starten, damit das in Art. 18 GG
122 vorgesehene Instrument zum Schutze des
123 Grundgesetzes gegen führende rechtsextre-
124 mistische Führungspersonen der AfD einge-
125 setzt wird.

126

Antrag 6/I/2024**Abt. 8 - Friedenau****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:****Ein Finanzierungsinstrument für den militärischen Schutz der Handelsschifffahrt schaffen!**

1 Der Landesparteitag der Berliner SPD bit-
 2 tet die Bundesregierung, sich im Rahmen
 3 der Internationa-len Seeschifffahrtsorganisa-
 4 tion (IMO - International Maritime Organi-
 5 zation) für ein Finanzierungsin-strument für
 6 den Schutz der internationalen Schifffahrts-
 7 routen einzusetzen.

8

9 Der Einsatz der Bundeswehr im Roten Meer
 10 Schutz internationaler Schifffahrtsrouten
 11 bindet militärische Ressourcen und ist
 12 kostspielig. Es bedarf daher einer fairen
 13 Lastenverteilung.

14

15 Nach dem Muster des FIN-SMART Roundtable
 16 der IMO könnte ein Abstimmungsgremium
 17 für die Finanzierung militärischer Einsät-ze
 18 geschaffen werden, das bei der Verteilung der
 19 finanziellen Lasten den jeweiligen ökonomi-
 20 schen Nutzen berücksichtigt. Ziel soll es sein,
 21 beim Schutz der Freiheit der Meere die finan-
 22 ziellen Lasten entsprechend dem ökonomi-
 23 schen Nutzen zu verteilen.

24

25 Begründung

26 Eine der wichtigsten Schifffahrtsrouten für
 27 den internationalen Handel führt durch das
 28 Rote Meer und den Suez-Kanal. Wegen der
 29 Angriffe der jemenitischen Huthi-Rebellen
 30 wird die Route von Han-delsschiffen zurzeit
 31 vielfach gemieden; große Umwege sind er-
 32 forderlich, um die Warenströme auf-recht zu
 33 erhalten. Eine breite Allianz von Ländern, dar-
 34 unter europäische Mitgliedstaaten und die
 35 Eu-ropäische Union, verteidigt im Roten Meer
 36 die Freiheit der Handelsschifffahrt mit militä-
 37 ri-schen Mitteln oder plant, sich daran zu be-
 38 teiligen.

39

**Empfehlung der Antragskommission
(Konsens)**

Zurückstellung des Antrages bis ein Votum
 bzw. eine Fassung des Fachausschusses Inter-
 nationales vorliegt.

40 Die Freiheit der Meere zu verteidigen, ist ein
41 legitimes Interesse der Staatengemeinschaft.
42 Die Schiffsbesatzungen sind vor Angriffen der
43 Huthi-Rebellen u.a. zu schützen. Längere Rou-
44 ten führen zu Verschwendung fossiler Energi-
45 en. Die Verlangsamung des Welthandels hat
46 ökonomische Folgen, für die Versorgung der
47 Bevölkerung ebenso wie für die industrielle
48 Produktion.

49

50 Der UN-Sicherheitsrat hat am 10. Januar 2024
51 in der Resolution 2722 (2024) die Angriffe der
52 Huthi-Rebellen auf Handelsschiffe im Roten
53 Meer verurteilt und das Recht zur Verteidi-
54 gung der Schiffe gegen die Angriffe bekräft-
55 igt.

56

57 Der Einsatz im Roten Meer bindet militäri-
58 sche Ressourcen und ist kostspielig. Es bedarf
59 daher einer fairen Lastenverteilung.

60

61 Die IMO als Sonderorganisation der Verein-
62 ten Nationen (UN) hat das Ziel, alle nicht rein
63 wirtschaftli-chen Angelegenheiten der Han-
64 delsschiffahrt international zu regeln. Die in-
65 stitutionelle Struktur der IMO wird durch Bei-
66 träge der Mitgliedstaaten gewährleistet; de-
67 ren Höhe bemisst sich am Anteil des jewei-
68 ligen Mitgliedstaats an der Welthandelston-
69 nage. Daher sind die Hauptfinanziers Pana-
70 ma, Liberia und die Bahamas, unter deren
71 Flagge besonders viele Handelsschiffe auch
72 deutscher Reede-reien unterwegs sind.

73

74 Für besondere Aufgabe etabliert die IMO se-
75 parate Finanzierungsinstrumente, so werden
76 am FIN-SMART Roundtable der IMO Finanzie-
77 rungswege für die Förderung der Dekarboni-
78 sierung des mariti-men Sektors insbesondere
79 in Ländern des globalen Südens abgestimmt.
80 Nach dem Muster des FIN-SMART Roundta-
81 ble könnte ein Abstimmungsgremium für die
82 Finanzierung militärischer Einsät-ze geschaf-
83 fen werden, das bei der Verteilung der finan-
84 ziellen Lasten den jeweiligen ökonomischen
85 Nutzen berücksichtigt. Ziel soll es sein, beim
86 Schutz der Freiheit der Meere die finanziel-
87 len Lasten entsprechend dem ökonomischen
88 Nutzen zu verteilen.

Antrag 7/1/2024**Abt. 1 - Tempelhof****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Ablehnung (Kein Konsens)****Schwerpunkt: Dekarbonisierung Gebäude im Eigentum von WEGs****1 Wir fordern:**

2

3 1. Die Einrichtung einer kostenlosen
4 Beratungsstelle beim Berliner Senat
5 für Wohnungseigentümer*Innenge-
6 meinschaften (WEG) zu Fragen der
7 Gebäudesanierungen, Dekarbonisieren
8 und Heizungsanlagen und Finanzie-
9 rungsfragen. Das Ziel der Beratungen
10 sollte eine möglichst soziale und für
11 Mieter*innen warmkostenneutrale
12 Dekarbonisierung von Gebäuden im
13 Eigentum von WEGs sein.

14 2. Bereitstellung von staatlich garantier-
15 ten, zinsgünstigen Krediten über die
16 Berliner Förderbank zur Sanierung von
17 Gebäuden im Eigentum von finanz-
18 schwachen WEGs in Berlin. Bedingung
19 für den Kredit sollte die Vorlage eines
20 sozialen Sanierungsplanes unter Be-
21 rücksichtigung der Interessen von Mie-
22 ter*innen in den Gebäuden sein.

23 3. Verpflichtende regelmäßige Weiterbil-
24 dungen für Hausverwalter*innen und
25 Eigentümer*innen in Selbstverwaltung
26 zu den Themen Sanierungen, Dekarbo-
27 nisierung von Heizungsanlagen und Fi-
28 nanzierungsfragen. Die Weiterbildun-
29 gen sollen über die neu einzurichtende
30 Beratungsstelle erfolgen.

31

32 Begründung

33 Die neuesten CO2-Emissionsdaten des Um-
34 weltbundesamtes zeigen, dass im Gebäu-
35 desektor nach wie vor zu viele Emissionen
36 ausgestoßen werden. Der Gebäudesektor ist
37 für über 30% der gesamten CO2-Emissionen
38 in Deutschland verantwortlich. Grund sind
39 vor allem die fossilen Heizungsanlagen. Zwar
40 sind die CO2-Emissionen in diesem Bereich

41 in den letzten Jahren leicht zurückgegangen,
42 das ist jedoch vor allem das Resultat der
43 hohen Energieeinsparungen von Haushalten
44 aufgrund der hohen Energiepreise. Das war
45 in den letzten Jahren jedoch eine Ausnah-
46 mesituation und viele Haushalte mussten
47 den Winter in zu kalten Wohnungen verbrin-
48 gen. Da die Energiepreise langsam wieder
49 rückläufig sind, werden die Energieeinspa-
50 rungen bald wieder zurückgehen. Wir dür-
51 fen uns daher nicht auf den aktuellen posi-
52 tiven Emissionsdaten ausruhen. Der Weg zur
53 Klimaneutralität des Gebäudebestandes ist
54 noch weit. Notwendig sind dafür ein brei-
55 terer Austausch von fossilen Heizungsanla-
56 gen auf erneuerbare Wärmequellen sowie
57 flächendeckend Sanierungen von Bestands-
58 gebäuden. Dabei ist der Heizungswechsel vor
59 allem wichtig für die Reduzierung des CO2-
60 Ausstoßes. Das Problem ist aber, dass erneu-
61 erbare Wärme häufig deutlich teurer ist als
62 fossile Alternativen. Auch kann nicht einge-
63 schätzt werden, zu welchen weiteren Belas-
64 tungen es in den nächsten Jahren kommen
65 wird - bspw. durch steigende CO2-Preise.. Es
66 würde eine finanzielle Überlastung von vie-
67 len Mieter*innen drohen, für die die hohen
68 Energiepreise der letzten Jahre schon nicht
69 stemmbar waren. Als ein Schlüssel zur Ein-
70 dämmung von hohen Heizkosten sind daher
71 Gebäudesanierungen unabdingbar.
72 Seit Jahren ist jedoch zu beobachten, dass
73 die Sanierungsrate in Deutschland zu nied-
74 rig ist. Eigentlich müssten jährlich mindes-
75 tens 2% der Bestandsgebäude saniert wer-
76 den. In Deutschland und Berlin lag der An-
77 teil jedoch zuletzt bei 0,8%. In den letzten
78 Jahren wurden bereits mehrere Maßnahmen,
79 wie neue Förderprogramme, Sanierungsfahr-
80 pläne für ganze Quartiere sowie das seriel-
81 le Sanieren vorangetrieben. Wenn diese Maß-
82 nahmen überhaupt nutzen, dann vor allem
83 großen gewerblichen Eigentümer*innen. In
84 Berlin sind jedoch ca. 40% der Wohnungen im
85 Eigentum von Privaten oder WEG. Mit einer
86 Sanierungsrate von lediglich 0,7% sowie ei-
87 ner durchschnittlichen Sanierungsdauer von
88 über drei Jahren werden Gebäude im Eigen-
89 tum von WEG unterdurchschnittlich oft und

90 wenn sie saniert werden, dann überdurch-
91 schnittlich lange und teuer saniert.
92 Gründe hierfür sind vor allem Unstimmig-
93 keiten und unterschiedliche Interessen zwi-
94 schen den Eigentümer*innen, offene Finan-
95 zierungsfragen, unübersichtliche Informatio-
96 nen zum Thema und langsame Entschei-
97 dungsprozesse. Vor allem Eigentümer*innen
98 von Mietwohnungen haben häufig nur ein
99 geringes Interesse an Sanierungen, da sie hö-
100 here Heizkosten sowieso eins zu eins an die
101 Mieter*innen weitergeben können. Der ad-
102 ministrative Aufwand wird oft als zu hoch an-
103 gesehen. Dazu kommt, dass die Hausverwal-
104 tungen meist nur unzureichend auf das The-
105 ma vorbereitet sind und es ihnen oft an Wis-
106 sen fehlt. Eine qualifizierte Beratung der WEG
107 durch die eigene Hausverwaltung erfolgt sel-
108 ten.

109 Die Voraussetzungen für eine Dekarbonisie-
110 rung des Gebäudebestandes sind in WEG der-
111 zeit unzureichend und das, obwohl die ge-
112 setzlichen Anforderungen in diesem Bereich
113 stetig zunehmen. Vor allem zum Schutz der
114 Mieter*innen ist es wichtig, dass die WEG
115 besser zu Sanierungen und Heizungswech-
116 sel beraten werden. Die oben genannten
117 Maßnahmen sollen hier ansetzen und die
118 Informations- und Finanzierungslücke schlie-
119 ßen. Im Fokus sollten dabei soziale Kriterien
120 stehen, damit Sanierungsmaßnahmen nicht
121 zu Lasten von vulnerablen Mieter*innen ge-
122 hen. So ist wichtig, dass möglichst neutral zu
123 sinnhaften Sanierungsmaßnahmen beraten
124 wird. Oftmals werden aufgrund von Gewinn-
125 absichten und Umlagefähigkeit zu viele Sa-
126 nierungsmaßnahmen durchgeführt.

127

B Bezirksbezogene Anträge

Antrag 1/I/2024

Jusos Tempelberg

Die KDV möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission

Überweisung an: Kreisvorstand (Konsens)

Eine echte Neuaufstellung - Für Diversität auf den Listen!

1 Die letzten Wahlschlappen haben uns ganz
2 deutlich vor Augen geführt: Wir haben un-
3 seren Anschluss an die Berliner Stadtgesell-
4 schaft verloren. Die Berliner*innen fühlen
5 sich von unseren Ideen, so wie wir sie bis-
6 her vorgestellt haben, nicht vertreten. Es darf
7 aber nicht bei dieser Analyse bleiben, wir
8 müssen konkrete Pläne und Schritte einlei-
9 ten, um unserem Selbstanspruch, die Berliner
10 Großstadtpartei zu bleiben, gerecht zu wer-
11 den.

12

13 Einer dieser Schritte ist selbstverständlich die
14 Gestaltung unserer Listen für die Wahlen.
15 Da es in unserer sozialdemokratischen DNA
16 liegt, für eine gerechtere Gesellschaft einzu-
17 treten, ist es eine logische Konsequenz, unse-
18 re Listen vielfältiger zu gestalten. In der Um-
19 setzung heißt das, dass wir eine stärkere Be-
20 rücksichtigung von jungen und Erstkandidie-
21 renden auf den Listenplätzen bei Wahlen for-
22 dern, dies gilt vor allem für BIPOCs und FIN-
23 TA*-Personen. BIPOC ist die Abkürzung von
24 Black, Indigenous, People of Color und bedeu-
25 tet auf Deutsch Schwarz, Indigen und der Be-
26 griff People of Color wird nicht übersetzt. FIN-
27 TA* steht als Abkürzung für Frauen, inter, non-
28 binäre Personen, trans* und agender Perso-
29 nen.

30

31 Vor allem junge Menschen fühlen sich oft
32 nicht mehr repräsentiert von älteren Kan-
33 didierenden, die aus anderen Generationen
34 stammen. Darüber hinaus bringen junge
35 Menschen neue und innovative Ideen und
36 Perspektiven in die Politik ein und tragen da-
37 zu bei, dass die Interessen aller Bevölkerungs-
38 gruppen angemessen berücksichtigt werden.
39 So kann uns, mit einer guten Mischung, ein
40 echter Neustart gelingen!

41

42 Darüber hinaus haben es junge Menschen
43 und Erstkandidierende es oft schwerer in
44 die Parlamente einzuziehen, da sie oft mit
45 Listenplätzen versorgt werden, die kaum
46 Chancen haben zu ziehen. Dabei leiden al-
47 len voran marginalisierte Gruppen (FINTA*-
48 Personen und BIPOCs), weshalb es unser Ziel
49 sein sollte, diese Personen gerecht auf guten
50 Listenplätzen zu platzieren.

51

52 Eine stärkere Berücksichtigung von jungen
53 Menschen und Erstkandidierenden auf den
54 Listenplätzen ist ein wichtiger Schritt für uns,
55 als Berlinpartei wieder den Status zu erlan-
56 gen, dem wir in den letzten Jahren nur teil-
57 weise gerecht wurden.

58

59 Vor allem nach den schlechten Ergebnissen
60 der Wiederholungswahl ist es eine nahezu lo-
61 gische Schlussfolgerung, neben inhaltlichen
62 Konsequenzen auch personelle zu ziehen. An-
63 statt sich auf bequemen Listenplätzen auszu-
64 ruhen, sollten wir als Genoss*innen, Solidari-
65 tät ausleben und Platz für neue Gesichter ma-
66 chen.

67

68 Darum fordern wir:

- 69 • eine stärkere Berücksichtigung von jun-
70 gen und Erstkandidierenden auf den
71 Listenplätzen bei anstehenden Wahlen
72 jeglicher Art.
- 73 • Unter den ersten 10 Listenplätzen zur
74 BVV-Wahl sollen mindestens 4 jun-
75 ge (im Alter bis 35 Jahre am Wahl-
76 tag) und/oder 4 Erstkandidierende plat-
77 ziert sein. Diese Quote von mindestens
78 40% soll auf den weiteren Listenplätzen
79 in jedem Zehnerblock fortgeführt wer-
80 den.
- 81 • Unter den ersten 7 Listenplätzen zur
82 AGH-Wahl sollen mindestens 3 jun-
83 ge (im Alter bis 35 Jahre am Wahl-
84 tag) und/oder 3 Erstkandidierende plat-
85 ziert sein. Diese Quote von mindestens
86 40% soll auf den weiteren Listenplätzen
87 fortgeführt werden.
- 88 • Für BIPOC-Kandidierende soll ebenso ei-
89 ne Quote von mindestens 35% gelten,
90 angelehnt an die Quote für Menschen

91 mit Migrationshintergrund im öffentli-
92 chen Dienst.
93 • Insgesamt sollte am Ende der Listen-
94 aufstellung eine Liste entstehen, die zu-
95 friedenstellend die Vielfältigkeit in un-
96 serer Stadt widerspiegelt.
97